

Kurswechsel

Informationen der IG Metall Bayern



zur Landtags- und Bundestagswahl
Sommer 2013

Wahl-Herbst 2013: In welcher Republik wollen wir leben?

Wer etwas ändern will, muss wählen gehen

Jürgen Wechsler Bezirksleiter IG Metall Bayern

Wir alle haben das Recht auf gute Arbeit. Wir alle verdienen einen sicheren Ruhestand. Und wir wollen in einem sozialen und friedlichen Europa leben. Die Regierung aber lässt uns alleine. Im Wahljahr 2013 haben wir die Möglichkeit einen Kurswechsel zu einer besseren, sozialeren Politik einzuleiten. Die langen Jahre der Deregulierungspolitik haben in vielen Bereichen der Wirtschaft das Prinzip »Gute Arbeit« zerstört und ersetzt durch ein System von prekärer Beschäftigung, Leiharbeit, Werkverträgen und Aufstockung zu niedriger Löhne durch die Steuerzahler.



»Wir brauchen einen Kurswechsel im Bund und in Bayern«

In Bayern vermissen wir die soziale Komponente in der Landespolitik. Seehofer und sein Kabinett schaffen es nicht, im Freistaat durch eine vernünftige Industrie- und Standortpolitik die Weichen für die Zukunft zu stellen. Wir brauchen einen Politikwechsel im Bund und in Bayern.

Ich bitte deshalb alle Kolleginnen und Kollegen zur Landtags- und zur Bundestagswahl zu gehen. Jede Stimme zählt.

Probleme gibt es genügend in Deutschland. Diese zu lösen ist auch Aufgabe der Politik. Aber in den letzten vier Jahren ist wenig passiert, zu wenig. Die schwarz-gelben Koalitionen in Berlin und in München haben mehr vor sich hingewurstelt als regiert. Das muss sich ändern. In Bayern und im Bund stehen im Herbst Wahlen an. Das ist die beste Möglichkeit zu zeigen, dass es so nicht mehr weiter gehen kann.

»Nichtwähler-Partei« stoppen

Ändern wird sich aber nur etwas, wenn ausreichend Bürgerinnen und Bürger den jetzigen Regierungen die Rote Karte zeigen.

Hier fängt das Problem an. Denn die größte Partei in der Bundesrepublik ist die Nichtwähler-Partei. Bei der letzten bayerischen Landtagswahl im September 2008 gingen gerade einmal 57,9 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen.

An der Bundestagswahl 2009 beteiligten sich 72,2 Prozent der Berechtigten – so wenige wie noch nie zuvor bei landesweiten Wahlen.

Als Begründung führen viele Nichtwähler eine allgemeine Politik- und Parteiverdrossenheit an. Sicher: Vieles läuft nicht richtig in der Politik. Und die Parteien haben manche nicht hinnehmbaren Fehler gemacht. Aber: Ist das ein Grund nicht zur Wahl zu gehen? Natürlich nicht. Denn es ändert sich ja nichts, wenn man von seinem Stimmrecht keinen Gebrauch macht.

Wechsel für soziale Gerechtigkeit

Wenn ausgerechnet diejenigen zu Hause bleiben, die unzufrieden sind mit den Regierungen im Bund und in Bayern, die eigentlich einen Kurswechsel in der Politik wollen, dann bleibt wahrscheinlich alles beim Alten. Denn jede verschenkte



Foto: Wolfgang Discher/pixello.de, Michael Knuth

Rezepte gegen die Wahlmüdigkeit

- ▶ Mit den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb über die Wahl diskutieren.
- ▶ Die Politik auf den Prüfstand stellen: Wer bietet Lösungen für Probleme der Arbeitswelt und tritt ein für mehr Gerechtigkeit?
- ▶ Wir organisieren Infostände, Proteste und Kundgebungen. Thema: Wir wollen den Kurswechsel.

Billarbeit auf dem Vormarsch

Nicht alles, was Arbeit schafft, ist auch sozial. Mindestlohn und mehr Mitbestimmung sind ein Ausweg.



Seite 2

Mitbestimmung und Beteiligung

Standortfragen sind auch Machtfragen. Deswegen ist die Arbeitnehmer-Beteiligung wichtig.

Seite 4



Energiewende aktiv gestalten

Die »grüne Technologie« schafft beim ökologischen Umbau der Industrie neue Arbeitsplätze.

Seite 5

Zukunftsmodell Normalarbeit

Das Normalarbeitsverhältnis, also die tariflich geregelte, unbefristete Vollzeitbeschäftigung mit Kündigungsschutz, wird von vielen Seiten angegriffen. Vor allem die Marktliberalen lassen kein gutes Haar daran. Für sie ist das Normalarbeitsverhältnis nicht mehr zeitgemäß. Wir hingegen sagen: Es ist ein Zukunftsmodell, nicht alleine für die industrielle Produktion. Denn nur eine Belegschaft, die gut bezahlt und gut abgesichert ist, kann gute Qualität liefern. Selbstverständlich sind wir offen für variable Modelle, wie sie veränderte Gesellschaftsstrukturen erfordern. Aber wir kämpfen gegen einen Ausverkauf der Ware Arbeitskraft zu Ramschpreisen. So wie es die Arbeitgeber gerne hätten: Billiglöhne, stete Verfügbarkeit, keinerlei Absicherung. Und wenn die Arbeit so billig wird, dass die Menschen ihre Existenz davon nicht mehr bestreiten können, dann soll der Staat aufstocken. Dieses Gesellschaftsmodell hat mit der Tradition der Bundesrepublik nichts mehr zu tun. Es darf keinen Bestand haben, es muss schleunigst verändert werden.

Leiharbeit und Werkverträge eindämmen!

Gelegentlich muss man daran erinnern: Die Leiharbeit wurde eingeführt, um kurzfristig Auftragsspitzen in den Betrieben bewältigen zu können. Die Unternehmer haben daraus ein Instrument zur Entgeltabsenkung gemacht. Mittlerweile sind rund eine Million Stammarbeitsplätze durch Leiharbeit ersetzt worden. 150 000 davon in Bayern.

Der Gesetzgeber muss jetzt dringend handeln und die rechtlichen Voraussetzungen zur Eindämmung der Leiharbeit schaffen.

Zwar hat die IG Metall in der Tarifrunde 2012 die Situation für die Leiharbeiter/innen in der Metall- und Elektroindustrie verbessern können. Doch das war erst der Anfang, am Ziel sind wir noch nicht. Den Unternehmern war aber selbst dies zuviel. Deswegen haben sie eine neue Variante des Lohndumpings eingeführt: Die Werkverträge. Sie nützen dabei etliche Gesetzeslücken. So haben die Betriebsräte zu wenig Informations- und Mitbestimmungsrechte beim Einsatz von Werkverträgen.

Das muss sich schnell ändern. Die Betriebsräte brauchen die Möglichkeit, Missbrauch bei der Leiharbeit aufdecken und verhindern zu können. Sie brauchen auch das Recht Werkverträge anzulehnen.



Harte Arbeit, gesundheitliche Belastungen: In vielen Fällen stimmt nicht einmal die Bezahlung.

Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs, Niedriglohn – das ist die Folge:

Billigarbeit auf dem Vormarsch

Ein Merksatz der Bundeskanzlerin lautet: »Sozial ist, was Arbeit schafft.« Diese Parole musste zur Begründung für zahlreiche Verschlechterungen bei der Arbeitsmarktpolitik herhalten. Und stolz verkünden die schwarz-gelben Koalitionäre vermeintliche Erfolge. So sei die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland im Jahr 2012 auf einen Rekordwert gestiegen.

Beschäftigungsrekord: Vor allem für Niedriglöhner

An den Zahlen ist nicht zu rütteln. Rund 41,5 Millionen Erwerbstätige gibt es in der Bundesrepublik, ermittelten die Statistiker, so viele wie noch nie. Was aber aus diesen Zahlen nicht hervorgeht, ist: Die Zahl der Bezieher von Niedriglöhnen ist dramatisch gestiegen. 23,1 Prozent aller Arbeitsplätze zählen dazu.

Das Arbeitszeitvolumen in Deutschland hat nicht zugenommen. Zugenommen haben dagegen prekäre Beschäftigung, Leiharbeit, Armutslöhne. Das heißt: Nicht etwa eine Steigerung der Wirtschaftskraft Deutschlands steckt hinter der Zunahme, sondern eine Umverteilung von der

Normalarbeit hin zu schlecht bis sehr schlecht bezahlten Arbeitsplätzen. Gewinner dieser Situation sind die Unternehmer. Sie können bei Löhnen und Gehältern sparen. Und haben zudem die Möglichkeit in den Betrieben eine Billiglohnlinie einzuziehen.

Das bedeutet: Es entsteht eine Zweiklassen-Gesellschaft in den Unternehmen: Auf der einen Seite die nach Tarifvertrag bezahlten Stammkräfte, und auf der anderen Seite eine wachsende Zahl von unterbezahlten Beschäftigten, die zudem um die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze bangen müssen.

Derzeit arbeiten rund fünf Millionen Beschäftigte zu Stundensätzen unter dem von den Gewerkschaften geforderten Mindestlohn von 8,50 Euro.

10,7 Milliarden Euro im Jahr zahlt der Staat, um Minilöhne aufzustocken.

Mehr als eine Million verdient sogar weniger als fünf Euro in der Stunde. Die Folge: Der Staat musste im Jahr 2011 nicht weniger als 10,7 Milliarden Euro aufwenden, um die Einkommen der Betroffenen auf ein existenzsicherndes Niveau aufzustocken.

Das ist Geld, das die Unternehmer nicht in die Bezahlung ihrer Beschäftigten investieren müssen. Im Prinzip ist das eine Subventionierung der Ar-

beitgeber. Hinzu kommt, dass dieser riesige Betrag an anderer Stelle fehlt. Zum Beispiel bei den chronisch klammern Sozialkassen.

Diese niedrigen Arbeitsentgelte sind in vielen europäischen Ländern nicht vorstellbar. Denn in 20 von 27 EU-Ländern sorgen Mindesteinkommen dafür, dass Hungerlöhne schlicht nicht erlaubt sind.

Eine weitere Folge der Billiglohn-Politik: Immer mehr Menschen müssen einen zweiten, manchmal sogar einen dritten Job annehmen, um über die Runden zu kommen. Die Zahl der Minijobs (maximal 450 Euro im Monat) stieg so auf heute 7,3 Millionen.

Für die Unternehmer sind die weitgehend unregulierten prekären Arbeitsverhältnisse ein bevorzugtes Instrument zum Ausbau der Flexibilisierung in den Betrieben.

Unsere Forderungen

- ▶ Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro.
- ▶ Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit, gesetzlich festgelegt.
- ▶ Mehr Mitbestimmung, gesetzliche Regulierungen von Leiharbeit, Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit.
- ▶ Kein Dauereinsatz von Leiharbeiter/innen in Betrieben und Verwaltungen.
- ▶ Stärkung der Normalarbeitsverhältnisse.
- ▶ Statistische Erfassung und Kontrolle von Art und Umfang der Werkverträge, Stärkung der Betriebsratsrechte.



München: Demonstration gegen prekäre Arbeit.



Ausbildungsplätze bleiben rar: Nur 53 Prozent aller Betriebe, die dazu berechtigt sind, bilden aus.

Die Generation »Prekär«: Über ein Viertel in atypischen Beschäftigungsverhältnissen

Volksbegehren
Studiengebühren

Das Volksbegehren gegen die Studiengebühren in Bayern war ein Erfolg für die Studierenden, für ihre Eltern, aber auch für die Gewerkschaften. Bei unzähligen Infoständen und Veranstaltungen trommelten die Kolleginnen und Kollegen für den Erfolg. Freier Zugang zur Bildung ist ein fundamentales Anliegen der Gewerkschaftsbewegung seit jeher. Deswegen ist der Wegfall der von der CSU eingeführten Studiengebühren nur ein Etappensieg. Es geht nun darum, auch bei der beruflichen Bildung die Gebühren abzuschaffen. Die Qualifikation zum Meister oder zur Technikerin darf nicht zum finanziellen Wagnis werden. Genauso klar ist, dass die frühkindliche Erziehung in den Kitas kostenlos sein muss. Denn hier wird der Grundstein für den Zugang zur weiterführenden Bildung gelegt. Und diese muss für alle offen sein – auch für Familien mit wenig Geld.

Motiviert, aber ausgebremst

Leiharbeit, Befristungen, Werkverträge, Dauerpraktika, Arbeitslosigkeit: Das sind die Perspektiven der »Generation Prekär«. Und wer einen Ausbildungsplatz ergattert hat, ist noch lange nicht am Ziel seiner oder ihrer Wünsche. In der Metall- und Elektroindustrie ist die Situation für die Auszubildenden besser als in anderen Branchen. In der Tarifrunde 2012 hat die IG Metall nämlich gegen den erbitterten Widerstand der Arbeitgeber durchgesetzt, dass Auszubildende generell in eine unbefristete Festanstellung übernommen werden müssen. Das schafft Sicherheit und bietet den jungen Kolleginnen und Kollegen eine klare Zukunftsperspektive. Dies soll auch in anderen Bereichen der

Wirtschaft möglich sein. Die Politik muss endlich die Voraussetzungen schaffen, mit denen eine flächendeckende unbefristete Übernahme aller Auszubildenden möglich ist.

Die Arbeitgeber sprechen von einem Bewerbermangel. Das geht an der Realität vorbei. Denn nicht weniger als 14000 Bewerber/innen landeten im vergangenen Jahr in Warteschleifen oder anderen Alternativen, obwohl sie gerne eine Ausbildung angetreten hätten. Eine beträchtliche Anzahl von Schulabgängern beklagt zudem, keinen Ausbildungsplatz im gewünschten Beruf gefunden zu haben. Die Bilanz für junge Arbeitnehmer/innen ist alles andere als erfreulich. Trotz der überwiegend guten wirtschaftlichen Lage der Betriebe in Bayern befinden sich 28 Prozent der unter 35-jährigen in einem atypischen oder prekären Arbeitsverhältnis. Der IG Metall-Bezirksleiter Jürgen Wechsler fasst die Situation so

zusammen: »Die Junge Generation ist motiviert, sie wird aber ausgebremst.« Der Bremser ist die Deregulierung des Arbeitsmarkts.

Das in Bayern das Angebot und die Nachfrage nach einer soliden beruflichen Ausbildung so weit auseinanderklaffen, hat einen einfachen Grund: Nur 53 Prozent der ausbildungsfähigen Betriebe stellen auch wirklich junge Kolleginnen und Kollegen ein. Und das, obwohl die Arbeitgeber ständig von einem drohenden Facharbeitermangel sprechen.

Die IG Metall verlangt deshalb, dass in allernächster Zukunft gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die die Betriebe in die Pflicht nehmen. Die Unternehmen müssen den jungen Menschen berufliche Chancen bieten. Notfalls indem sie, zum Beispiel durch eine gesetzliche Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze, vom Gesetzgeber dazu angehalten werden.

Wer nicht
ausbilden will,
muss zahlen

Unsere
Forderungen

- ▶ Regelungen schaffen, um prekäre Beschäftigung und Praktika zu verhindern.
- ▶ Festbeschäftigung und unbefristete Übernahme von Auszubildenden in den Betrieben.
- ▶ Gesetzliche Grundlagen zur Ausbildungsverpflichtung aller Betriebe schaffen.
- ▶ Abschaffung von Bildungsgebühren jeglicher Art.
- ▶ Ein bayerisches Bildungsurlaubs- und Weiterbildungsgesetz mit Anspruch auf mindestens 14 Tage bezahlte Bildungs-/Weiterbildungszeit.

Die soziale Herkunft darf keine Rolle spielen

Bildung für alle

Nicht nur bei der beruflichen Bildung haben die Regierungen in Berlin und München ihre Hausaufgaben nicht erledigt. Mehr als 40 Jahre nach der Bildungsoffensive, die die damalige Regierung Brandt gestartet hatte, sind die Chancen für Arbeiterkinder einen Hochschulabschluss zu erreichen, so gering wie in den sechziger Jahren.

Von hundert Kindern aus Nichtakademiker-Familien beginnen heute lediglich 24 ein Studium. Zwar sind in Bayern die Studiengebühren dank des Volksbegehrens abgeschafft. Damit ist eine hohe Zugangshürde gefallen.

Die Aufstiegsmöglichkeiten für Kinder aus Arbeiterfamilien sind trotz-

dem alles andere als gut. Die Hochschule muss deshalb auch jenseits des ersten Bildungswegs konsequenter geöffnet werden. In kaum einem anderen europäischen Land sind die Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland. Dies zu ändern, sollte eines der großen Reformvorhaben in den nächsten Jahren werden.

Denn eine moderne Bildungsgesellschaft muss durchlässig sein und allen die gleichen Möglichkeiten bieten. Wir brauchen ein Bildungssystem in dem jeder Mensch Platz hat und gefördert wird – von der Kita bis hin zur Uni.

Arbeiterkinder
haben schlechte
Aufstiegschancen



Aktive Jugendliche: Die »Operation Übernahme« war erfolgreich. Seit der Tarifrunde 2012 werden Azubis unbefristet übernommen.

Der Weg zum Ausbau von sicheren Arbeitsplätzen

Mehr Beteiligung und Mitbestimmung

Zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört es, dafür zu sorgen, dass die Arbeitsplätze sicher sind – und Bestrebungen zu unterstützen die Produktion möglichst umweltverträglich und nachhaltig zu gestalten. Schwarz-Gelb aber, ob auf Bundes- oder auf Landesebene, versteht unter Gestaltung immer nur Wirtschaftsförderung.

Subventionen für Unternehmer bringen keine Arbeitsplätze

Also fließen beträchtliche Summen aus dem Steuertopf in die Kassen der Unternehmer. Vergünstigungen beim Aufbau der Infrastruktur, billiger öffentlicher Baugrund für die Industrie oder Entgegenkommen bei der Gewerbesteuer – der Politik fällt viel ein, wenn die Arbeitgeber zusätzliche Arbeitsplätze versprechen.

Sinnvoll ist die öffentliche Förderung aber nur dann, wenn sichere Arbeitsplätze aufgebaut werden, wenn eine Region von der zusätzlich entstehenden Wirtschaftskraft profitiert.

Die Beschäftigten sind die besten Fachleute in den Betrieben

Hinzukommen muss eine wesentlich stärkere Beteiligung der Beschäftigten. Mehr Mitwirkung und mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmer und der Gewerkschaft sind notwendig, um in die Krise geratene Unternehmen zu retten und zu sanieren. Denn wer weiß besser als die Beschäftigten, die Vertrauensleute der IG Metall und die Betriebsräte, was eigentlich los ist im Betrieb. Also wo Innovationspotenziale liegen, wo an Rohstoffen gespart werden kann, wo sich Handlungsabläufe vereinfachen lassen. Mehr Informationsrechte und eine erweiterte Mitbestimmung sind

notwendig. Jetzt muss der Gesetzgeber aktiv werden.

Bayern hat über 1,3 Millionen Arbeitsplätze im industriellen Sektor, 26,9 Prozent der Beschäftigten arbeiten hier. Im Prinzip steht die Industrie, insbesondere die Metall- und Elektroindustrie, im Freistaat solide da. Bayerische Unternehmen sind in vielen Bereichen Weltmarktführer. Andere spielen als Zulieferer eine zentrale Rolle. Voraussetzung für diese herausragende Stellung sind gut qualifizierte und hochmotivierte Mitarbeiter/innen.

Weit entfernt von weitsichtiger Industriepolitik in Bayern

Zugleich steht die Industrie vor großen Herausforderungen: technologischer Wandel, knapper werdende Rohstoffe, älter werdende Belegschaften, der Klimawandel, der Energieverbrauch. Diese Probleme können nur mit einem Konzept bewältigt werden, das vorausschauend die Probleme wirklich anpackt. Von einer solchen weitsichtigen Industriepolitik sind wir in Bayern meilenweit entfernt. Die IG Metall hat deshalb die bayerische Staatsregierung aufgefordert, endlich die ersten Schritte einzuleiten. Das könnte beispielsweise über einen Public Equity Fonds geschehen.

Die Innovationskraft der Unternehmen stärken

Das bedeutet, dass der Staat über einen Fonds Kapital zur Verfügung stellt. Dieses Geld wird verzinst und später auch wieder zurückgezahlt. Unternehmen, die gute Produkte haben und nur durch eine fehlende Finanzierung in Schwierigkeiten sind, können mit diesem Geld notwendige



Investitionen tätigen. IG Metall-Betriebsleiter Jürgen Wechsler: »So kann die Innovationsfähigkeit vor allem von mittelständischen Unternehmen gestärkt werden.« Ein solcher finanzieller Anschlag, der an andere Bedin-

gungen geknüpft ist als ein üblicher Bankkredit, macht die Betriebe für die Herausforderungen der Zukunft fit und sichert damit Arbeitsplätze, oder kann das Unternehmen sogar weiter ausbauen.

Das Nürnberger Gewerkschafts- haus mit Riesentransparen- ten: Blickfang in der Innenstadt und eindrucksvolle Demonstration des gewerkschaftlichen Standpunkts.



Siemens NSN: Kampf um Arbeitsplätze.

Innovation als Chance

In den nächsten Jahren wird die Frage des Energieverbrauchs von Unternehmen eine wichtige Rolle spielen. Ebenso die Notwendigkeit, in der Produktion mit Rohstoffen wirtschaftlicher umzugehen.

Diese überfällige ökologische Neuorientierung der Betriebe wird nicht alleine Kosten verursachen. Sie ist auch eine Chance mit innovativen Produkten neue Märkte zu erobern.

Ob die derzeitige Regierung die Kraft aufbringt, in diese Richtung zu gehen, darf bezweifelt werden.

Statt alles den Marktkräften der Neoliberalen zu überlassen, benötigen

wir Beteiligungsstrukturen für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften. Vorstellbar sind zum Beispiel Wirtschaftsräte in den Betrieben, in der Region und auch auf Branchenebene.

Diese Wirtschaftsräte sind der Ort um Erfahrungen auszutauschen und mit den zuständigen Politikern, Behörden, Unternehmern und Gewerkschaftsvertreter/innen neue Ideen bis zur Projektreife zu entwickeln.

Die Beteiligung von Arbeitnehmern sichert, dass nicht der schnelle Profit im Vordergrund steht, sondern der Aufbau einer nachhaltigen Produktion mit sicheren Arbeitsplätzen.

Unsere Forderungen

- ▶ Neue Elemente der Beschäftigungs- und Einkommenssicherung in Krisenphasen sind zu entwickeln.
- ▶ Die Wertschöpfung in gesellschaftlichen Zukunftsfeldern wie z.B. im Bereich der neuen Verkehrssysteme und umweltschonender Produkte muss gefördert werden.
- ▶ Einem möglichen Fachkräftemangel ist gegenzusteuern. Inländische Potenziale müssen besser ausgeschöpft werden. Zum Beispiel indem die Erwerbsbeteiligung der Frauen erhöht wird. Innerbetriebliche Qualifizierung muss gewährleistet, dass Beschäftigte im Unternehmen aufsteigen können.

Grüne Technologie: Ökologische Modernisierung schafft neue Arbeitsplätze

Die Energiewende aktiv gestalten

Die meisten Menschen unterstützen den ökologischen Umbau der Gesellschaft. Gut für die Umwelt, gut für die Arbeitsplätze, und am Ende sogar gut für den Geldbeutel. Wenn die bayerische Staatsregierung allerdings die Finger mit im Spiel hat, dann dauert alles etwas länger.

Beispiel Elektromobilität: Mit viel Aufwand wurde im November 2008 das Projekt »Zukunftsoffensive Elektromobilität« gestartet, aber viel ist dann nicht mehr passiert.

Energiewende: Bayerische Staatsregierung verfehlt Ziel

Beispiel Energiewende: Das Ziel in Bayern bis 2021 die Stromversorgung zu 50 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen zu speisen, wird voraussichtlich verfehlt werden. Die Windkraft wurde sträflich vernachlässigt, es fehlt an Möglichkeiten den Strom aus Sonnen-, Wasser- oder auch Windenergie zu speichern. Fachleute beklagen, dass unzureichend koordiniert werde und die gesellschaftlich relevanten Akteure zu wenig einbezogen würden.

Geradezu verhängnisvoll ist das langsame Tempo bei der Elektromobilität. Denn die zu erwartende Änderung durch alternative Antriebssysteme werden den Fahrzeugbau, die Zulieferer und auch das Kfz-Handwerk vor große Herausforderungen stellen. In Bayern hängen über 500.000 Arbeitsplätze vom Fahrzeugbau ab. Dieser ist also eine Schlüsselindustrie im Freistaat.

Entscheidungen über die Infrastruktur frühzeitig vorbereiten

Deswegen ist eine industriepolitische Begleitung des Veränderungsprozesses außerordentlich wichtig. Denn viele Veränderungen der Infrastruktur und auch von Gesetzen müssen rechtzeitig im Vorfeld einer größeren Verbreitung von E-Fahrzeugen auf

den Weg gebracht werden. Das geht von einer Änderung der Dienstwagenregelungen (um die Käufer eines E-Mobils nicht zu benachteiligen) bis zu Fragen der Entwicklung und Unterstützung von regionalen Forschungsplattformen oder der Vernetzung bei den Verkehrsträgern.

Die IG Metall Bayern unterstützt die ökologische Modernisierung von Gesellschaft und Industrie. Das ist alleine aus Gründen der Erhaltung unserer Umwelt notwendig. Darüber hinaus bringt diese Neuaufstellung auch eine positive Entwicklung bei der Beschäftigung. Zum Beispiel steigt derzeit die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien beständig.

Energieriesen dürfen nicht erneut die Hand aufhalten

Besonderes Augenmerk muss darauf gelegt werden, dass die Energiewende sozial gestaltet wird. Bereits jetzt klagen viele Familien über die sprunghaft gestiegenen Energiepreise.

Es darf nicht sein, dass die Energieriesen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten mit der hoch subventionierten Atomenergie eine goldene Nase verdient haben, wieder die Hand aufhalten. Die Stromkonzerne haben einen erheblichen Einfluss auf die Politik in Europa, im Bund und in Bayern. Dieser Einfluss der Lobbyisten muss eingedämmt werden.

Die Pläne, die Kosten der Energiewende samt dem dazu notwendigen Ausbau der Infrastruktur am Ende alleine von den Stromkunden bezahlen zu lassen, müssen vom Tisch.

Wir brauchen eine neue Energiepolitik, die eine sichere und auch bezahlbare Energieversorgung aus regenerativen Quellen sichert.

Das ist gut für uns und für unsere Arbeitsplätze. Und das sichert auch der den Unternehmen konkurrenzfähige Stromkosten.



Die Mobilität mit Elektrofahrzeugen und die Energiewende hängen zusammen: Sind E-Autos erst einmal massenhaft auf dem Markt, kann deren Stromhunger nur gedeckt werden, wenn ausreichend erneuerbare Energie vorhanden ist.



Gegen Atomkraft: 40.000 Menschen demonstrierten im März 2011 in München.

Unsere Forderungen

Energiepolitik

- ▶ Eine faire Verteilung der Stromkosten – dies setzt ein Strompreis-Monitoring voraus. Es gilt: Ausnahmen der Industrie von der EEG-Umlage sind notwendig, müssen aber eng begrenzt werden.
- ▶ Maßnahmen zur Energieeinsparung in allen Bereichen.
- ▶ Der Ausbau der Stromnetze und Investitionen in neue Energiespeicher muss endlich auf eine solide Basis gestellt werden.
- ▶ Netzausbau/Trassen sind planerische Prozesse im Sinne der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehören in staatliche Hand. Keine neuen Profite für die großen Energieversorger.

Elektro-Mobilität

- ▶ Eine Abwrackprämie beim Kauf von E-Autos einzuführen, um finanzielle Anreize herzustellen.
- ▶ Vorteile schaffen: Zum Beispiel reservierte Parkplätze für E-Fahrzeuge bereitstellen, oder Busspuren für »Stromer« öffnen.
- ▶ Ausbau des Bahnnetzes, Sanierung der Gleisanlagen, Investitionen in den Nahverkehr.
- ▶ Regionale Forschungsplattformen entwickeln wie z.B. Energiecampus Nürnberg.
- ▶ Klotzen statt kleckern: Regionale E-Mobilität-Projekte transparent und öffentlichkeitswirksam darstellen – und ausbauen.



Zentrale der IG Metall in Frankfurt: Solidarität mit den arbeitslosen Jugendlichen.

Jugend in der EU: Verlorene Generation?

Die Jugend in Europa ist die große Verliererin der Krise. Jeder vierte Jugendliche in der Europäischen Union ist arbeitslos. In einzelnen Ländern hat die Arbeitslosigkeit gigantische Ausmaße angenommen. Beispiel: Griechenland 57 Prozent, Spanien 56 Prozent, Italien 36 Prozent, Großbritannien 21 Prozent.

Kämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der europäischen Politik höchste Priorität genießen soll. Die Staats- und Regierungschefs, so die Forderung des EGB, müssten auf einem Sondergipfel einen Rettungsschirm gegen die Ausbildungs- und Arbeitsplatznot der jungen Generation aufspannen.

Einseitige Sparpolitik verringert die Chancen der Jungen

Die Ursachen dafür sind von Land zu Land verschieden. Für alle Staaten aber gilt, dass die einseitige Sparpolitik die an sich schon geringen Chancen der 15- bis 24-Jährigen noch weiter verringert hat.

Das Spardiktat der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds hat eine Deregulierung der nationalen Arbeitsmärkte mit sich gebracht. Die Ausgaben für Bildung und Erziehung wurden gnadenlos zusammengestrichen. In Industrie, Dienstleistung und der Verwaltung sind viele Arbeitsplätze weggebrochen.

Für Jugendliche ohne Berufserfahrung bleibt da keine Beschäftigung übrig – und schon gar keine Möglichkeit eine Ausbildung zu absolvieren.

Zusammen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) fordert die IG Metall, dass die Be-

Europas Arbeitsmärkte müssen neu geordnet werden

Außerdem soll eine Neuordnung der europäischen Arbeitsmärkte mehr Beschäftigung schaffen. Zum Beispiel über die Eindämmung prekärer Jobs, die Schaffung von Ausbildungsplätzen oder staatlich geförderte Weiterbildungsmaßnahmen.

In manchen EU-Ländern wie Spanien oder Italien war bereits vor der Krise die Jugendarbeitslosigkeit extrem hoch. Deshalb ist es wichtig, dass solche Staaten über die diversen EU-Fonds ausreichend Zuschüsse erhalten, um neue Formen der beruflichen Bildung zu entwickeln. Dazu gehört unter anderem das bewährte Duale System – Ausbildung im Betrieb und in Berufsschulen.

Europa kann es sich auf Dauer nicht leisten, dass in vielen Ländern ein großer Teil der jungen Generation vom beruflichen und damit auch gesellschaftlichen Leben mehr oder weniger ausgeschlossen bleibt.

Weg aus der Krise: Eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik ist überfällig

Wir wollen ein solidarischeres Europa

Sorgenkind Europa: Viele Menschen machen sich ernsthafte Gedanken über den Zustand der Europäischen Union. Populistische Schreihälsen von rechts wollen sie am liebsten ganz abschaffen und den Euro gleich dazu. Inzwischen vernimmt man solche Stimmen auch in Deutschland, die allerdings nicht allzu viel Gehör finden. An vielem sind die Regierungschefs schuld, allen voran Kanzlerin Merkel, aber auch der Europäische Rat und die Kommission.

Die Reaktion der Regierenden auf Bankpleiten, verunsicherte Börsen und panische Anleger war allerdings auch kaum nachvollziehbar. Die massiven Sparprogramme, die vielen Mitgliedsländern aufgezwungen wurden, haben dort innerhalb weniger Wochen die soziale Basis geradezu zerstört. Die Umverteilung von unten nach oben ist alles andere als ein Ausweg aus der Krise. Im Gegenteil: Sie wird die Krise weiter verschärfen. Die Länder des südlichen Europas geraten so immer näher an den Abgrund.

Wenn die Rentner plötzlich zum Betteln gehen müssen

Falls in einem Land wie Griechenland die Gesundheitsversorgung nicht mehr richtig funktioniert, die Rentner zu Bettlern gemacht werden, Eltern ihre Kinder ins Heim geben, weil sie kein Essen kaufen können – dann ist eine Grenze überschritten.

Die Fortführung neoliberaler Politik, die in die Krise geführt hat, hilft

nicht weiter. Wer den Bestand der Eurozone gefährdet, spielt mit dem Feuer. Ein Zerfallen des Euroraums hätte für alle teilnehmenden Staaten verheerende Folgen. Die Krise, die derzeit noch nicht bewältigt ist, würde sich erheblich verschärfen. Was jetzt auf den Weg gebracht werden muss, ist eine gründliche Reform der Entscheidungsprozesse in der EU. Den entscheidenden Gremien der Union fehlt es an einer demokratischen Le-

gitimation. Ohne diese werden viele Brüsseler Entscheidungen in den Mitgliedsländern auf immer weniger Akzeptanz stoßen.

Eine gemeinsam entwickelte Wirtschafts- und Sozialpolitik ist überfällig. Denn nur wenn sich die Lebens- und Arbeitsverhältnisse innerhalb der EU allmählich angleichen, kann es eine erfolgreiche ökonomische Entwicklung im gemeinsamen Währungsraum geben. Dazu gehört auch,

dass die Finanzierung der öffentlichen Haushalte durch eine von allen Staaten getragene Steuerpolitik sichergestellt wird.

Haushaltssanierung über die Besteuerung von großen Vermögen

Ein Instrument zur Haushaltssanierung sollte die Besteuerung großer Vermögen, hoher Einkommen, von Unternehmens- und Kapitalerträgen sowie eine angemessene Erbschaftsteuer sein.

Längst überfällig sind eine wirkungsvolle Regulierung der Finanzmärkte und eine Bankenunion. Um die Spekulationen gegen einzelne Mitgliedsländer zu verhindern, sollten die

Schulden gemeinsam getragen werden. Nur so ist eine Refinanzierung von Staatshaushalten, die in Schieflage geraten sind, möglich.

Ein »Marshallplan für Europa«, wie ihn der DGB vorschlägt (siehe Kasten unten), ist der vernünftigste Weg, um endgültig aus der Krise zu kommen. Die Mischung aus direkten öffentlichen Investitionen, Investitionszulagen für Unternehmen, Konsumanreizen zur Stabilisierung der Konjunktur und einer Demokratisierung der EU-Institutionen ist die richtige Medizin für den Patienten EU. Und diese ist garantiert erfolgreicher und vor allem gesünder für die Bevölkerung als die derzeitige praktizierte Verarmungspolitik.



Unsere Forderungen

Ein »Marshallplan für Europa« mit einem Mix aus:

- ▶ Demokratisierung der europäischen Instanzen,
- ▶ direkten öffentlichen Investitionen und rückzahlbaren Investitionszulagen für Unternehmen,
- ▶ Konsumanreizen, z.B. durch Lohnerhöhungen.
- ▶ Im Zentrum des Programms stehen ein Umbau und eine Modernisierung der europäischen Volkswirtschaften.
- ▶ Das Programm sieht zusätzliche jährliche Investitionen von 260 Mrd. Euro vor, die über eine europaweite Vermögensabgabe und die Einführung einer Finanztransaktionsteuer finanziert werden können.

Für die Krise sollen diejenigen zahlen, die sie verursacht haben

Die Banken jetzt regulieren

Die Kanzlerin gibt sich gerne als die »sparsame schwäbische Hausfrau«, wenn es um die Bewältigung der Finanz- und Eurokrise geht. Als ob es so einfach wäre: Immer schön das Geld zusammenhalten, dann wird alles wieder gut. Die derzeitige Finanzkrise lässt sich ganz sicher nicht mit Patentrezepten aus dem Familien-erfahrungsschatz bewältigen.

Europas Arbeitsmärkte müssen neu geordnet werden

Die Ursache für die Entwicklung, die auch die deutsche Wirtschaft in heftige Turbulenzen gebracht hat, ist ja nicht, dass der Staat so viele Schulden hat und deswegen jetzt gespart werden müsse, was das Zeug hält. Die Ursache war, das gerät inzwischen manchmal in Vergessenheit, die Deregulierung der Finanzmärkte.

Die neuen Freiheiten nutzten die Banker in den vergangenen Jahren weltweit, um mit verwegenen Finanzprodukten zu spekulieren, zu wetten, zu spielen. Bis die ersten Banken zusammenbrachen und mit Steuergeldern gerettet werden mussten. Die rigide Sparpolitik, die die Bundesre-

gierung sich selbst, vor allem aber ganz Europa verordnet hat, bedeutet: Die Kosten der Krise werden EU-weit den Lohnabhängigen, den Rentnern, den Arbeitslosen, den jungen Menschen aufgebürdet. Denn die Kürzungen von öffentlichen Ausgaben, von Arbeits- und Sozialeinkommen treffen bestimmt nicht die Verursacher der Krise.

Im Gegenteil: Die sind bisher mehr oder weniger ungeschoren davon gekommen. Die Pläne die Banken wieder stärker zu beaufsichtigen sind gerade einmal in kleinen Ansätzen verwirklicht worden. Der große Wurf, auf den man sich auf dem Höhepunkt der Krise bereits geeinigt zu haben schien, ist ausgeblieben.

Das »freie Spiel des Marktes« ist die Ursache der Krise

Die Gewerkschaften gehören zu den wenigen gesellschaftlichen Gruppen, die die Ursachen für die Krise nicht aus den Augen verloren haben. Es war und ist die einseitige Orientierung auf hohe Renditen, auf das »freie Spiel des Marktes«, auf einen ungezügeln Wettbewerb, der die Weltwirtschaft ins Wanken brachte.

Natürlich konnte das wirtschaftlich starke Deutschland die Umsatzeinbrüche eher wegstecken, als andere Länder in Europa. Aber auch bei uns haben die Beschäftigten, insbesondere in der Metall- und Elektroindustrie, Einkommenseinbußen, zum Beispiel durch die Kurzarbeit, hinnehmen müssen.

Finanzielle Spielräume für die soziale Absicherung

Der Staat braucht finanzielle Spielräume um seinen Aufgaben, vor allem bei der sozialen Absicherung, nachkommen zu können. Und gewiss ist es auch nicht verkehrt, wenn langfristig versucht wird, die öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung zu bringen.

Vollkommen vergessen haben dabei offensichtlich die Politiker/innen von CDU/CSU und FDP, dass man die öffentlichen Haushalte nicht alleine durch eine eiserne Sparpolitik sanieren kann. Man kann sie auch, und das ist ebenfalls eine alte schwäbische Weisheit, sehr gut in Ordnung bringen, indem man einfach die Einnahmen erhöht.

Mehr Finanzkraft für die öffentlichen Haushalte

Eine neue Steuerpolitik muss her

Eine Erhöhung der Einnahmen ist das vernünftigste Mittel, um die Finanzkraft der öffentlichen Haushalte sicher zu stellen. Geld fehlt überall:

setzung vorgeschriebenen Leistungen erbringen. Es gibt viele Steuern, die nicht als erstes die Arbeitnehmerhaushalte belasten – eine höhere Abgabe

auf Kapital- und Dividendenerträge zum Beispiel. Die längst beschlossene Finanztransaktionssteuer, im Prinzip eine Art Mehrwertsteuer auf bestimmte Finanzdienstleistungen, ist immer noch nicht richtig auf den Weg ge-

bracht. Die europaweite Lobby der Banken hat erfolgreich den Entwurf der EU verwässert. Um eine vernünftige Ausgestaltung der Steuern zu erreichen, muss der politische Wille dazu da sein. Der aber fehlt in Berlin und München.

Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden

Die neolibérale Politik der letzten 20 Jahre hat eine gigantische Umverteilung von unten nach oben gebracht. Das Einkommen der Mittelschicht stagniert, die unteren Einkommensschichten werden immer stärker belastet. Der Reichtum einer schmalen Schicht hingegen hat unverhältnismäßig stark zugenommen. Es ist nicht alleine eine Frage der Vernunft, das Geld dort zu holen, wo es vorhanden ist. Es ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Mehrheit ist für eine gerechte Steuererhöhung

Die Mehrheit der Bevölkerung ist für eine gewisse Anhebung der Steuern zu haben. Dabei geht es auch um Gerechtigkeit. Das haben etliche Umfragen gezeigt. Wenn die jetzige Regierung das nicht wahrhaben will, dann muss sie ausgewechselt werden. Dies zu tun liegt in unserer Hand, in der Hand der Wähler.



Beim Bund, bei den Ländern, vor allem aber bei den Kommunen. Die können sehr oft nicht einmal ihre ge-

bracht. Die europaweite Lobby der Banken hat erfolgreich den Entwurf der EU verwässert. Um eine vernünftige

Unsere Forderungen

- ▶ Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung;
- ▶ effektive Besteuerung von Kapital- und Dividendenerträgen;
- ▶ stärkere Besteuerung hoher Einkommen;
- ▶ Finanztransaktionssteuer;
- ▶ Bekämpfung von Steuerflucht – und damit mehr Steuergerechtigkeit;
- ▶ Transparenz des Finanzsektors, effektive Stärkung der Aufsicht;
- ▶ eine Genehmigungspflicht für neue Finanzmarktprodukte, die Unterbindung von hochspekulativen Geschäften an Börsen;
- ▶ Eindämmung des Finanzsektors und Rückführung auf seine »dienenden« Funktionen für das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem Europa.



Deutsche Bank: Dubiose Geschäfte hinter glänzender Fassade.

Schluss mit der Rente mit 67, Schluss mit weiteren Kürzungen – Wir wollen:

Wieder von der Rente leben können

Ein Drittel der Rentner/innen muss mit wenig mehr als 500 Euro im Monat auskommen. Davon kann man in den Städten nicht überleben, und auf dem Land eigentlich auch nicht. Was nach mehreren Rentenkürzungen geblieben ist, reicht für viele vorne und hinten nicht aus. Die Massenarbeitslosigkeit, die Billiglöhne, unsichere Arbeitsverhältnisse haben sich auf das Rentenniveau ausgewirkt.

Nur ein Prozent der 63-Jährigen geht noch zur Arbeit

Die nächste Welle von Ruheständlern, die mit ihrer Rente kaum auskommen werden, ist bereits im Anrollen. Denn die Rente mit 67 ist nichts weiter als ein Programm zur Rentenkürzung. Die Realität sieht so aus: Weniger als drei Prozent der Beschäf-

tigten in der bayerischen Metall- und Elektroindustrie sind über 60 Jahre alt. Und weniger als ein Prozent steht mit 63 noch im Arbeitsleben. Alle anderen mussten, meist mit kräftigen Abschlügen, vorzeitig in den Ruhestand gehen.

Die vollmundigen Versprechen der Arbeitgeber man werde alternsgerechte Arbeitsplätze schaffen, haben sich als nicht zutreffend erwiesen. Außer der Präsentation einiger Pilotprojekte ist nichts weiter geschehen.

Dabei können gerade Ältere dem ständig wachsenden Druck im Arbeitsalltag kaum standhalten. Das betrifft nicht nur die Kolleginnen und Kollegen, die körperlich schwerer und einseitig belastender Arbeit nachgehen müssen. Es betrifft auch Beschäftigte, die einen angeblich geruhsamen

Bürojob haben. Leistungsverdichtung und Arbeitshetze machen auch ihnen eine Arbeit bis zum Erreichen der Altersgrenze kaum möglich.

»Rente mit 67 ist ein schwerer Fehler der Sozialpolitik«

IG Metall-Bezirksleiter Jürgen Wechsler: »Die Rente mit 67, die Kürzung des Rentenniveaus und die Streichung der Altersteilzeit-Förderung waren schwere Fehler der Sozialpolitik.« Diese Fehler müssen die Rentner heute ausbaden.

Und das auch noch in vielen Jahren – wenn sich nicht endlich etwas ändert. Denn nach Berechnungen der Rentenspezialisten können auch Beschäftigte, die heute als »Normalverdiener« eine sichere sozialversicherungspflichtige Tätigkeit haben,

nicht damit rechnen, im Alter eine existenzsichernde Rente zu beziehen. Sie werden auf Transferleistungen des Staates angewiesen sein. Das empfinden viele, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, als unwürdiges Almosen.

Jene Politiker/innen, die nach wie vor an der Rente mit 67 festhalten, berücksichtigen nicht, dass viele in der Bevölkerung davon überzeugt sind, dass eine menschenwürdige Alterssicherung zu den Fundamenten des Sozialstaats gehört. Jede Regierung, die ab Herbst 2013 die Verantwortung übernimmt, muss sich daran messen lassen, wie sie mit der Rente mit 67 umgeht.



Unsere Forderungen

- ▶ Abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren.
- ▶ Abschlagsfreie Rente mit 60 Jahren bei 40 Versicherungsjahren.
- ▶ Erhalt des Rentenniveaus – und Ruhestandsbezüge, die den Lebensstandard sichern.
- ▶ Förderung von flexiblen Altersausstiegsoptionen.
- ▶ Besserer Zugang zur Erwerbsminderungsrente.
- ▶ Förderung alters- und alternsgerechter Arbeit.
- ▶ Aufbau einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen. Auch Beamte, Besserverdienende und Selbstständige – also ein Solidar-system für alle.
- ▶ Echte paritätische Finanzierung (Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung statt einseitige Belastung der Arbeitnehmer durch steigende Ausgaben für private Versicherungspolice).
- ▶ Keine Priorität für die Absenkung der Rentenbeiträge sondern nach Bedarf moderate Anhebung.

Wählen gehen! Es kommt auf jede Stimme an

Am 15. September 2013 wird der bayerische Landtag gewählt. Am 22. September 2013 findet die Wahl zum Bundestag statt. Die IG Metall ruft ihre Mitglieder und alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich an diesen beiden Wahlen zu beteiligen.

Im Wahljahr 2013 werden entscheidende Weichen gestellt. Sowohl im Land wie im Bund geht es darum, ob die politischen Kräfte erneut bestätigt werden, die seit vielen Jahren eine Politik gegen die Mehrzahl der Beschäftigten betreiben. Oder ob eine neue Grundhaltung Einzug hält in Berlin und München. Eine Grundhaltung, die sich an den Interessen der arbeitenden Menschen orientiert und nicht am Wohlergehen einer kleinen Gruppe, die im Wohlstand lebt.

Wer einen Kurswechsel will, muss wählen gehen!

